S 2 R 165/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Darmstadt Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Gerichtsbescheid

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 R 165/19 Datum 21.07.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 R 214/22 Datum 28.03.2023

3. Instanz

Datum -

- 1. Die Klage wird abgewiesen.
- 2. Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten um das Bestehen von Versicherungspflicht f $\tilde{A}^{1/4}$ r die T \tilde{A} xtigkeit der KI \tilde{A} xgerin als Yogalehrerin. \hat{A}

Die 1956 geborene KlĤgerin gibt bei der VHS Yogakurse. Mit Bescheid vom 10.09.2014 stellte die Beklagte Versicherungsfreiheit gemäÃ $\$ § 5 Abs.2 SGB VI fest. Dem Grunde nach bestehe Versicherungspflicht gemäÃ $\$ § 2 Abs.1 Nr.1 SGB VI als selbständig tätige Lehrerin. Die Klägerin ýbe ihre Tätigkeit seit 01.05.1994 in geringfýgigem Umfang aus. Deshalb bestehe Versicherungsfreiheit gemäÃ $\$ § 5 Abs. 2 SGB VI.

Im Juni 2018 leitete die Beklagte eine Ã□berprüfung der Beitragszahlung ein. Eine Anfrage beim zuständigen Finanzamt ergab für 2015 ein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit in Höhe von 11.544 Euro. Für 2016 und 2017 lägen

die Einkommenssteuerbescheide noch nicht vor. In 2013 habe das Einkommen aus selbstĤndiger TĤtigkeit 2.727 Euro und 6979 Euro in 2014 betragen.Â

Mit Bescheid vom 27.09.2018 stellte die Beklagte Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung ab dem 01.01.2014 fest. Die KlAzgerin habe daher PflichtbeitrĤge zu zahlen. Ab 01.01.2014 sei ein einkommensgerechter Beitrag zu zahlen. Dessen Höhe ergebe sich aus der beigefügten Beitragsrechnung. Diese wies für die Zeit vom 01.01.2014 bis 30.09.2018 eine Beitragsschuld in HA¶he von insgesamt 7.631,29 Euro aus. Mit Schreiben vom 22.10.2018 legte die KlĤgerin hiergegen Widerspruch ein. Bei der ausgeļbten TÃxtigkeit handele es sich nicht um eine LehrtÃxtigkeit, sondern um therapeutische MaÃ⊓nahmen, die zur Wiederherstellung der Gesundheit beitragen sollten. Die Abhaltung solcher Kurse falle nicht unter die Versicherungspflicht. Neben der genannten TÄxtigkeit wļrden noch andere TÄxtigkeiten ausgeļbt, nÄxmlich Fuà reflexzonentherapie, Metamorphose, Kinesiologie, Autogenes Training und andere Dinge. Bereits hieraus ergebe sich, dass keine Lehrtätigkeit ausgeübt werde. Mit Bescheid vom 22.01.2019 Axnderte die Beklagte die Beitragsrechnung ab 01.10.2018 und setzte $f\tilde{A}^{1/4}$ r die Zeit ab 01.01.2014 bis 31.01.2019 insgesamt 8.433,78 Euro fest. Mit Schreiben vom 22.01.2019 legte die KlĤgerin hiergegen Widerspruch ein, soweit in diesem Bescheid die Auffassung vertreten werde, dass eine versicherungspflichtige TÄxtigkeit ausgeļbt werde.Â

Mit Widerspruchsbescheid vom 01.04.2019 wies die Beklagte den Widerspruch gegen beide Bescheide zur \tilde{A}^{1} /4ck. Der Widerspruch sei unzul \tilde{A}^{1} xssig, da die Feststellung der Versicherungspflicht dem Grunde nach bereits im Bescheid vom 10.09.2014 erfolgt sei. Dieser Bescheid sei bindend geworden, da hiergegen kein Rechtsbehelf eingelegt worden sei. Insoweit werde der Widerspruch als unzul \tilde{A}^{1} xssig zur \tilde{A}^{1} 4ckgewiesen. \tilde{A}

Der Lehrbegriff sei weit auszulegen und beinhalte jegliches Ã\[
\]bermitteln von Wissen, K\[
\]A\[
\]nnen und Fertigkeiten, wobei Art und Umfang der Unterweisung nur von untergeordneter Bedeutung seien. Dabei k\[
\]
\[
\]A\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]
\[
\]

Die Versicherungspflicht nach <u>ŧ 2 Abs.1 Nr.1 SGB VI</u> knýpfe insoweit nicht an ein gesetzlich, etwa durch Ausbildungsvorschriften geregeltes Berufsbild des (selbständigen) Lehrers an. Die Vorschrift erfasse vielmehr alle selbständig Tätigen, soweit ihre Tätigkeit der Art nach darin bestehe, anderen Unterricht zu erteilen. Sie stelle nicht darauf ab, auf welchen Gebieten Wissen und Kenntnisse vermittelt wþrden, auf welche Weise der Lehrer seine Kenntnisse und die Lehrfähigkeit erworben habe oder wie er den Wissensstoff anderen vermittle. Es

komme auch nicht darauf an, ob die ErwerbstÄxtigkeit innerhalb eines eigenen Betriebes ausgeübt werde. Ferner sei es unerheblich, welche Geisteshaltung der LehrtÃxtigkeit zugrunde liege, welches Niveau die ausgeübte TÃxtigkeit habe und ob sich der Unterricht nur an Laien wende. Es spiele für die Beurteilung der selbstĤndigen TĤtigkeit des Weiteren keine Rolle, ob deren Inhalt Gedächtnisspuren hinterlasse und wieweit er auÃ∏erhalb des Unterrichtes reproduzierbar sei. Der Rechtsbegriff des Lehrers im Sinne des § 2 Abs.1 Nr.1 SGB VI sei bereits dann erfüllt, wenn eine (wenn auch flüchtige) spezielle Fähigkeit durch praktischen Unterricht vermittelt werde. Der Verfolgung weitergehender Lernziele bedürfe es dagegen ebenso wenig wie der verpflichtenden Teilnahme am Unterricht, der Abnahme von Prüfungen und des Ausstellens von Zeugnissen oder Bescheinigungen. Die angewandten Methoden der Wissensvermittlung würden häufig mit den Begriffen Training, Coaching, Moderation und Supervision umschrieben. Es stehe der Versicherungspflicht als Lehrer nicht entgegen, wenn durch den Unterricht auch das Wohlbefinden der Teilnehmer verbessert werde und wenn motivierende Elemente eingesetzt würden.Â

Eine à nderung der beurteilten Tà tigkeit sei trotz Hinzutretens weiterer Tà tigkeiten wie Fuà reflexzonentherapie, Metamorphose, Kinesiologie und autogenes Training nicht feststellbar. Ausschlaggebend sei allein, dass die Tà tigkeit auch weiterhin dem Inhalt des Rechtsbegriffes Lehrer entspreche. Der Widerspruch habe deshalb keinen Erfolg haben kà nnen.

Hiergegen richtet sich die am 25.04.2019 bei Gericht eingegangene Klage. Schon der Widerspruch sei darauf gestützt worden, dass die von der Klägerin ausgeübte Tätigkeit keine Lehr-, sondern eine therapeutische Tätigkeit darstelle, die zur Wiederherstellung der Gesundheit der einzelnen Teilnehmer beitrage solle. Hieran werde festgehalten. Die Tätigkeit der Klägerin sei überwiegend als Beratung zu qualifizieren, da neben Vermittlung von Erkenntnissen auch Fähigkeiten zur Lösung von Problemen bei Entscheidungshilfen bzw. Vorschläge angeboten würden. Es stehe den einzelnen Beratenen frei, dies anzunehmen oder abzulehnen. Das Interesse der Teilnehmenden sei nicht vorrangig auf den Erwerb von Wissen und Fertigkeiten, sondern auf die Vorbereitung einer Entscheidung gerichtet. Dem Einzelnen obliege es letztlich selbst, sich zu helfen bzw. entsprechende Entscheidungen zu treffen. Würde man den Begriff der Lehrtätigkeit anders auslegen, so wäre quasi jede Wissensvermittlung eine Lehrtätigkeit, bei der über Beratung hinaus auch theoretisches Wissen mitgeteilt werde.Â

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der KIägerin liege auf der Eröffnung konkreter Handlungsmöglichkeiten bei bestimmten Konstellationen. Ihre Tätigkeit unterscheide sich damit im Wesentlichen von einer Lehrtätigkeit. Während bei der Lehrtätigkeit generelles Wissen vermittelt werde, werde bei einer Beratungstätigkeit regelmäÃ∏ig auf die individuellen Probleme des Ratsuchenden eingegangen und ihm bei der Behebung dieser Probleme geholfen. Die Tätigkeit der Klägerin sei auf die Lösung konkreter Probleme angelegt. Bei einer derartigen Tätigkeit könne nicht von einer Lehrtätigkeit gesprochen werden.

Die KlĤgerin beantragt,

die Bescheide der Beklagten vom 27.09.2018 und 22.01.2019 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 01.04.2019 aufzuheben und festzustellen, dass die KlĤgerin nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegt.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur Begründung beruft sie sich auf die RechtmäÃ∏igkeit des angefochtenen Bescheides.

Am 27.08.2020 ist ein ErĶrterungstermin durchgeführt worden. Auf den Inhalt des Sitzungsprotokolls wird Bezug genommen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Gerichtsund Verwaltungsakte, die Gegenstand der Entscheidungsfindung waren, Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die Kammer durfte gemĤÃ∏ <u>§ 105 SGG</u> durch Gerichtsbescheid entscheiden, da die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist. Die Beteiligten wurden zuvor gehört.

Die Klage ist unzulĤssig, soweit Feststellung des Nichtbestehens von Versicherungspflicht beantragt wird. Hierfür fehlt es am erforderlichen Feststellungsbedürfnis. Als Adressat eines belastenden Verwaltungsaktes kann die Klägerin sich auf dessen Anfechtung beschränken. Einer negativen Feststellungsklage im Sinne des § 55 Abs 1 Nr 1 SGG bedarf es nicht (vgl. BSG vom 23.04.2015 â∏ B 5 RE 23/14 R, juris). Â

Die weiter erhobene Anfechtungsklage ist zulĤssig, in der Sache jedoch nicht begrĽndet. Der angefochtene Bescheid ist rechtmĤÄ∏ig und verletzt die KlĤgerin nicht in ihren Rechten. Ihre TĤtigkeit unterliegt der Versicherungspflicht gemĤÄ∏ <u>ŧ 2 Abs.1 Nr.1 SGB VI</u>. Dies wird im angefochtenen Bescheid zutreffend festgestellt. Auch wenn der Widerspruch unter Hinweis auf die Bestandskraft des Bescheides vom 10.09.2014 als unzulĤssig zurĽckgewiesen wird, so enthĤlt der Widerspruchsbescheid doch eine eigenstĤndige Prüfung des (Fort-)Bestehens von Versicherungspflicht, auch unter Würdigung der weiteren TĤtigkeiten der KlĤgerin.

Im \tilde{A} brigen nimmt die Kammer auf den angefochtenen Bescheid Bezug und sieht gem \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A} ab. \tilde{A}

Dabei war fýr die Kammer entscheidend, dass sich auch unter Berýcksichtigung der Ausführungen der Klägerin im Erörterungstermin vom 27.08.2020 keine andere Bewertung ergibt. Wie schon im Widerspruchsbescheid ausgeführt, ist der

Begriff der LehrtĤtigkeit im Sinne des <u>§ 2 Abs.1 Nr.1 SGB VI</u> weit gefasst. Er umfasst auch die von der KlĤgerin geschilderte TĤtigkeit. Soweit die KlĤgerin ausfĽhrt, dass es in den Kursen um den Austausch der Teilnehmer gehe, sie die Teilnehmer nicht lenke oder leite, sondern eher eine Hilfestellung gebe, beschreibt sie ihre Vorgehensweise, die Methode. Am Ziel, dass die Teilnehmer etwas lernen, nĤmlich Yoga als Lebensweg zu begreifen, Ĥndert dies nichts. Gleiches gilt fľr die Beschreibung, dass in den Kursen gesungen, meditiert und KĶrperarbeit geleistet werde. Auch hiermit wird die lediglich Vorgehensweise, also die Methode, beschrieben.

Auch der in der Klagebegründung vorgetragene Einwand, dass es sich um eine beratende, nicht lehrende TÄxtigkeit handele, greift nicht durch. Zur Abgrenzung ist mit dem Bundessozialgericht in seiner Entscheidung vom 23.04.2015 â∏∏ B 5 RE 23/14 R â∏ darauf abzustellen, dass Berater regelmäÃ∏ig auf individuelle Probleme des jeweils Ratsuchenden konkret helfend eingehen, wĤhrend Lehrer eher generelles Wissen vermitteln. Berater analysieren aufgrund ihrer fachspezifischen Kenntnisse, FÄxhigkeiten und Erfahrungen typischerweise ein fachliches (Einzel-)Problem des Klienten, dem sie ihr Wissen zur Verfügung stellen und dem sie in helfender Absicht spezifische und eher individualisierte RatschlĤge erteilen. Sie erarbeiten nach den Standards ihres jeweiligen Fachgebiets oftmals eine konkrete LA¶sung oder zeigen Handlungsoptionen auf, deren Vor- und Nachteile sie in aller Regel erlĤutern. Beratungssituationen sind durch eine NĤhe zur Lebenssituation des Klienten und dessen konkreten Problemen gekennzeichnet. Wird Wissen an eine Gruppe von Teilnehmern vermittelt, so spricht dies eher für eine LehrertÄxtigkeit, wÄxhrend sich Berater eher mit den spezifischen Problemen von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen befassen. Ausgehend von der Schilderung der TÄxtigkeit durch die KlÄxgerin im ErĶrterungstermin ist vorliegend nicht von einer Beratungssituation ausgehen. Die Klägerin arbeitet â∏ unter Anwendung der von ihr geschilderten Methoden â∏ mit einer Gruppe und gibt generelle Hilfestellungen. Eine Problemanalyse bzgl. der einzelnen Teilnehmer mit dem Ziel, individualisierte RatschlĤge zu erteilen, erfolgt demgegenļber gerade nicht.Â Â

Erstellt am: 29.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024